

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 19/21913 –**

### **Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für 2019 und das laufende Jahr 2020 – Schwerpunktfragen zu Widerrufsprüfungen**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Während im Jahr 2016 noch vergleichsweise wenige Asyl-Widerrufsverfahren eingeleitet wurden (3 170), gab es 2017 bereits über 77 000 entsprechende Verfahren (vgl. Bundestagsdrucksache 19/1217). Im Jahr 2018 waren es fast 200 000 Überprüfungen, wobei in 85 000 entsprechenden Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die gewährten Schutzstatus zu 98,8 Prozent bestätigt wurden (vgl. Bundestagsdrucksache 19/7818).

Ende 2018 wurde eine Pflicht zur Mitwirkung in Widerrufsverfahren für anerkannte Flüchtlinge geschaffen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4456), die daraus resultierenden erneuten mündlichen Befragungen von Schutzberechtigten führen zu einem zusätzlichen Bearbeitungsaufwand. Im Jahr 2019 wurde die dreijährige Frist, innerhalb der das BAMF eine Regelüberprüfung der Schutzgewährung vornehmen muss, für die in den Jahren 2015 bis 2017 anerkannten Flüchtlinge auf bis zu fünf Jahre verlängert, die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis ist erst nach einer ausdrücklichen Mitteilung des Überprüfungsergebnisses durch das BAMF zulässig (vgl. Bundestagsdrucksache 19/10047). Die Zahl der im BAMF mit Widerrufsprüfungen befassten Beschäftigten ist stark angestiegen, von 268 Mitte 2018 (vgl. Bundestagsdrucksache 19/3839) auf 797 Beschäftigte Ende 2019 (vgl. Bundestagsdrucksache 19/16329). BAMF-Präsident Dr. Hans-Eckhard Sommer bezeichnete sein Amt angesichts von rund 700 000 Rücknahme- und Widerrufsprüfungen bis Ende 2021 sogar als „Widerrufsbehörde“ (<http://www.eaberlin.de/nachlese/chronologisch-nach-jahren/2019/rueckblick-fluechtlingsschutzsymposium/sommeraktuelle-entwicklungen-im-bamf.pdf>).

Widerrufsprüfungen und die damit verbundene Unsicherheit über den weiteren Status können für anerkannte Flüchtlinge, nicht selten traumatisierte Personen, sehr belastend sein. Selbst der Widerruf eines Schutzstatus führt aber nicht zwangsläufig zu einer Aufenthaltsbeendigung, denn die Betroffenen können aufgrund ihres langjährigen Aufenthalts Aufenthaltsrechte aus anderen Gründen erworben haben. Der Widerruf eines Schutzstatus bedeutet nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller im Regelfall nicht, dass dieser zu Unrecht erteilt wurde oder eine Täuschung vorlag, denn ein Widerruf erfolgt, wenn die Umstände, die zur Schutzgewährung führten, weggefallen sind

(Änderung der Lage im Herkunftsland) und eine Rückkehr trotz der erlittenen Verfolgung oder Bedrohung als zumutbar erachtet wird (§ 73 Absatz 1 des Asylgesetzes). Werden hingegen falsche Angaben oder Täuschungen zur Herkunft oder Identität aufgedeckt, erfolgt eine Rücknahme des Schutzstatus (§ 73 Absatz 2 des Asylgesetzes). In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/13257 machte die Bundesregierung erstmals differenzierte Angaben zu solchen Rücknahmen, die Indiz für vermutete Täuschungen sein können. Im ersten Halbjahr 2019 lag demnach die Quote der Rücknahmen bei gerade einmal 0,5 Prozent (329 Fälle) bei über 62 000 Überprüfungen (ebd., Antwort zu Frage 1).

Viele Rücknahmen oder Widerrufe halten einer gerichtlichen Überprüfung nicht stand. So wurden die Rücknahmen von positiven Entscheidungen der (nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller zu Unrecht) in die Kritik geratenen Bremer BAMF-Außenstelle (vgl. Bundestagsdrucksache 19/8445) durch Gerichte wiederum korrigiert, d. h. die in Bremen ausgesprochenen Abschiebungsverbote wurden wieder hergestellt (zum Stand Mitte Mai 2019 in sechs Fällen, siehe Antwort des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat vom 17. Mai 2019 auf eine Beschwerde des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der Linksfraktion, Jan Korte, Seite 17). Insgesamt wurden im Jahr 2019 nur 153 Widerrufe bzw. Rücknahmen eines Schutzstatus gerichtlich bestätigt (36,3 Prozent aller Entscheidungen, vgl. Bundestagsdrucksache 19/18498, Antwort zu Frage 16).

Dass in Deutschland innerhalb einer gewissen Frist (derzeit: drei bis fünf Jahre) eine Widerrufsprüfung vorgenommen werden muss, und zwar unabhängig davon, ob im Einzelfall oder bezogen auf das Herkunftsland ein konkreter Anlass hierfür besteht, ist im europäischen Vergleich eine isolierte Praxis. Im Jahr 2006 gab es solche anlasslosen Widerrufsprüfungen EU-weit nur in Deutschland (vgl. Sachstand des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags von 2007, WD 3 – 482/06 und 102/07), zwischenzeitlich führte Österreich eine ähnliche Regelung ein. Auf Nachfragen (vgl. zuletzt Bundestagsdrucksache 19/3839, Antwort zu Frage 21) konnte die Bundesregierung kein weiteres EU-Land nennen, das eine vergleichbare Regelung hat. Ein Vorschlag der EU-Kommission zur Verankerung einer anlasslosen Widerrufsprüfung im EU-Recht wurde nach Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament wieder zurückgezogen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/7818, Antwort zu Frage 13). Nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller belastet die in Deutschland praktizierte anlasslose Regelüberprüfung sowohl die Betroffenen als auch das BAMF in unverhältnismäßiger und unnötiger Weise. Die Bundesregierung will hieran jedoch festhalten (ebd., Antworten zu den Fragen 5 und 6).

Aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/16329 geht hervor, wie falsch die Annahme ist, in den rein schriftlichen, sogenannten „Fragebogenverfahren“ habe es viele Täuschungen oder Fehlentscheidungen des BAMF gegeben, und Überprüfungen dieser in den Jahren 2015 und 2016 ergangenen Entscheidungen seien deshalb umso dringlicher (vgl. <https://www.tagesschau.de/investigativ/hsb/anfrage-syrer-fraagebogen-101.html> und Bundestagsdrucksache 19/4456). Das Fragebogenverfahren ist mit EU-Recht vereinbar (vgl. Bundestagsdrucksache 19/16329, Antwort zu Frage 5) und kam nur bei Herkunftsländern mit fast 100-prozentiger Anerkennungschance zum Einsatz, und auch nur, wenn im Einzelfall keine Zweifel an der Herkunft und Identität der Betroffenen bestanden (vgl. ebd., Antwort zu den Fragen 4b und 4c). Nach gut 45 000 nachträglichen Überprüfungen von Entscheidungen im Fragebogenverfahren kam es in nur 0,4 Prozent der Fälle zu einem Widerruf oder einer Rücknahme (177 Fälle, ebd., Antwort zu Frage 3), werden nur Rücknahmen (als Indiz für Täuschungen) betrachtet, lag die Quote sogar nur bei 0,2 Prozent (Angaben für das erste Halbjahr 2019, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/13257, Antworten zu den Fragen 3 bis 5). Auch bei in diesem Zusammenhang vorgenommenen nachträglichen Überprüfungen von knapp 40 000 Identitätsdokumenten Asylsuchender wurden in gerade einmal 0,7 Prozent der Fälle (267) Dokumente als „ge- oder verfälscht“ beanstandet –

ohne, dass die Bundesregierung sagen könnte, in wie vielen dieser Fälle tatsächlich Täuschungen oder falsche Angaben zur Identität bzw. Herkunft vorlagen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/16329, Antwort zu Frage 9).

1. Wie viele Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahren wurden im Gesamtjahr 2019, im ersten bzw. zweiten Quartal 2020 bzw. im bisherigen Jahr 2020 zum letzten verfügbaren Stand (bitte, auch im Folgenden, nach den angegebenen Zeiträumen getrennt auflisten) eingeleitet (bitte Gesamtzahlen angeben und nach den verschiedenen Formen der Anerkennung und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele Entscheidungen in Widerrufsverfahren mit welchem Ergebnis gab es in diesen Zeiträumen (bitte Gesamtzahlen angeben und nach den verschiedenen Formen der Anerkennung, den 15 wichtigsten Herkunftsländern und jeweils nach Widerruf bzw. Rücknahme differenzieren)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2019	eingeleitete Wider- rufs- prüf- ver- fahren	Entschei- dungen insge- samt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft		Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsverbot		kein Widerruf/ Keine Rück- nahme
				Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men	
<b>Herkunftsländer gesamt</b>	<b>205.285</b>	<b>170.406</b>	<b>119</b>	<b>2</b>	<b>3.370</b>	<b>446</b>	<b>939</b>	<b>318</b>	<b>1.182</b>	<b>219</b>	<b>164.796</b>
darunter											
Syrien	130.276	115.713	20	1	1.989	142	292	110	99	61	113.313
Irak	25.134	17.551	7	–	631	48	268	46	55	10	16.590
Afghanistan	13.009	8.458	3	–	94	15	91	17	549	20	7.721
Eritrea	12.031	11.052	1	–	106	19	23	9	4	1	10.918
Ungeklärt	7.061	5.593	3	–	120	48	31	17	12	5	5.427
Iran	5.705	2.458	10	–	64	4	9	4	6	–	2.369
Somalia	2.303	1.352	1	–	27	4	29	15	30	4	1.265
Staatenlos	2.300	2.106	–	–	37	12	7	4	–	–	2.062
Pakistan	1.044	796	–	–	8	2	2	–	17	6	769
Russische Föderation	836	792	–	–	35	7	33	8	64	14	660
Türkei	555	562	24	–	35	21	35	25	3	–	465
Nigeria	512	299	–	–	3	1	3	–	37	4	256
Ägypten	467	389	1	–	1	1	2	2	10	6	375
Libyen	406	151	–	–	3	1	1	–	1	–	146
Äthiopien	323	276	2	–	15	7	2	1	14	3	243

1. Quartal 2020	eingeleitete Widerrufs- prüf- ver- fahren	Entschei- dungen insge- samt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft		Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsverbot		kein Widerruf/ Keine Rück- nahme
				Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men	
<b>Herkunftsländer gesamt</b>	<b>52.278</b>	<b>74.350</b>	<b>23</b>	<b>2</b>	<b>1.998</b>	<b>195</b>	<b>206</b>	<b>78</b>	<b>285</b>	<b>40</b>	<b>71.838</b>
darunter											
Syrien	19.738	51.810	4	2	1.425	55	57	26	14	6	50.310
Irak	11.395	7.845	1	–	159	9	52	8	14	–	7.619
Afghanistan	6.687	3.118	–	–	33	4	28	6	104	5	2.953
Iran	3.831	1.097	6	–	34	4	2	–	1	–	1.054
Eritrea	3.327	4.469	–	–	78	12	5	3	1	–	4.385
Ungeklärt	1.361	3.170	–	–	96	18	7	2	1	–	3.066
Somalia	1.329	520	–	–	11	2	8	5	7	1	494
Türkei	733	127	3	–	26	12	4	3	4	–	90
Staatenlos	502	690	–	–	21	3	5	4	–	–	664
Pakistan	392	262	1	–	6	6	1	–	2	1	252
Nigeria	370	68	–	–	6	4	–	–	18	3	44
Russische Föderation	353	183	–	–	7	2	7	–	43	4	126
Aserbaidshjan	233	45	–	–	1	–	1	–	3	–	40
Äthiopien	220	71	–	–	17	9	3	3	–	–	51
Ägypten	149	85	–	–	2	1	1	–	2	–	80

2. Quartal 2020	eingeleitete Wider- rufs- prüf- ver- fahren	Entschei- dungen insge- samt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft		Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsverbot		kein Widerruf/ Keine Rück- nahme
				Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men	
<b>Herkunftsländer gesamt</b>	<b>45.167</b>	<b>81.868</b>	<b>31</b>	<b>1</b>	<b>1.751</b>	<b>190</b>	<b>231</b>	<b>87</b>	<b>224</b>	<b>18</b>	<b>79.631</b>
darunter											
Syrien	16.537	41.240	8	–	1.235	81	73	30	1	–	39.923
Irak	6.577	16.605	2	–	155	10	48	6	9	–	16.391
Afghanistan	6.235	8.930	–	–	76	6	29	7	98	5	8.727
Iran	4.156	2.825	2	–	27	1	1	–	3	1	2.792
Eritrea	2.741	4.545	–	–	56	8	9	4	1	1	4.479
Somalia	1.636	1.154	–	–	4	2	13	9	8	–	1.129
Ungeklärt	1.510	2.552	2	1	66	25	9	5	1	1	2.474
Türkei	1.241	325	8	–	10	4	4	–	2	–	301
Staatenlos	548	576	–	–	16	2	1	1	–	–	559
Pakistan	540	502	–	–	4	–	–	–	5	–	493
Nigeria	529	217	–	–	6	1	1	1	22	–	188
Russische Föderation	479	316	–	–	11	4	6	4	23	3	276
Äthiopien	330	154	–	–	3	3	2	1	1	–	148
Guinea	217	84	–	–	–	–	1	–	2	–	81
Sudan	184	87	–	–	–	–	1	1	1	–	85

01.01. – 31.07.2020	eingeleitete Widerrufs- prüf- ver- fahren	Entschei- dungen insge- samt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft		Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsverbot		kein Widerruf/ Keine Rück- nahme
				Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men	
<b>Herkunftsländer gesamt</b>	<b>115.562</b>	<b>180.032</b>	<b>78</b>	<b>5</b>	<b>4.454</b>	<b>455</b>	<b>569</b>	<b>226</b>	<b>625</b>	<b>60</b>	<b>174.306</b>
darunter											
Syrien	42.723	104.939	13	2	3.088	151	167	82	15	6	101.656
Irak	20.726	28.648	3	–	427	31	132	17	25	–	28.061
Afghanistan	15.776	14.417	2	–	139	14	73	14	266	11	13.937
Iran	9.665	5.074	11	–	79	8	6	2	4	1	4.974
Eritrea	7.388	10.438	–	–	160	24	22	10	2	1	10.254
Somalia	3.707	2.078	–	–	18	4	22	15	26	1	2.012
Ungeklärt	3.535	6.518	2	1	192	55	21	10	2	1	6.301
Türkei	2.246	717	15	1	44	21	15	10	6	–	637
Staatenlos	1.117	1.462	–	–	45	5	7	6	–	–	1.410
Pakistan	1.087	902	1	–	10	6	1	–	7	1	883
Nigeria	1.074	380	–	–	15	5	1	1	45	4	319
Russische Föderation	969	621	–	–	22	7	19	6	76	7	504
Äthiopien	680	287	1	–	21	12	5	4	2	–	258
Aserbaidshan	491	329	–	–	1	–	1	–	6	–	321
Guinea	408	154	–	–	–	–	1	–	7	–	146

2. Wie viele Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahren wurden anlassbezogen bzw. aufgrund konkreter sicherheitsrelevanter Hinweise anderer Behörden in den genannten Zeiträumen eingeleitet, und in wie vielen dieser Fälle kam es zu einer Rücknahme bzw. zu einem Widerruf (bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren und wie in der Antwort zu Frage 2 auf Bundestagsdrucksache 19/13257 darstellen)?

Die Angaben können – soweit vorliegend – den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.









01.01. – 31.07.2020 Sicherheitsrelevante Hinweise	eingeleitete Wider- rufs- prüf- ver- fahren	Entschei- dungen insge- samt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft		Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsverbot		kein Widerruf/ Keine Rück- nahme
				Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men		Da- von Rück- nah- men	
<b>Herkunftsländer gesamt</b>	<b>2.997</b>	<b>3.170</b>	<b>16</b>	<b>1</b>	<b>313</b>	<b>25</b>	<b>150</b>	<b>119</b>	<b>62</b>	<b>7</b>	<b>2.629</b>
darunter											
Syrien	1.108	1.884	1	–	175	16	76	64	–	–	1.632
Afghanistan	442	208	1	–	16	1	15	11	31	1	145
Irak	377	255	–	–	25	–	13	11	1	–	216
Iran	359	113	2	–	17	–	2	2	–	–	92
Eritrea	187	287	–	–	21	–	11	9	–	–	255
Somalia	115	70	–	–	4	2	16	10	5	–	45
Ungeklärt	89	148	1	–	21	1	4	4	–	–	122
Türkei	41	24	8	–	7	–	5	3	–	–	4
Staatenlos	33	32	–	–	7	–	1	1	–	–	24
Russische Föderation	30	27	–	–	3	–	2	–	4	–	18
Pakistan	26	11	–	–	–	–	–	–	–	–	11
Sudan	19	10	–	–	–	–	1	1	–	–	9
Gambia	17	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Nigeria	16	9	–	–	1	–	1	1	–	–	7
Libyen	13	8	–	–	–	–	–	–	–	–	8

3. Wie viele Ladungen zu persönlichen Gesprächen im Rahmen von Wider-  
rufs- bzw. Rücknahmeprüfungen gab es in den genannten Zeiträumen?
- a) Wie viele dieser Ladungen betrafen sogenannte Fragebogenverfahren,  
und nach welchen Kriterien werden die übrigen Geladenen ausgewählt  
(bitte ausführen; Hinweis zur Klarstellung: die zweite Teilfrage zielt  
nicht auf empirische Daten ab, sondern nach den Kriterien, nach denen  
entschieden wird, ob Betroffene im Rahmen des Überprüfungsverfah-  
rens persönlich angehört bzw. befragt werden oder nicht)?

Die Fragen 3 und 3a werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen be-  
antwortet.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 wurden 105.356 La-  
dungen zur Befragung von volljährigen Personen versandt. Davon betrafen  
96.643 Ladungen Personen, deren Asylantrag im sog. Fragebogenverfahren be-  
schieden wurde.

Im ersten Quartal 2020 wurden 34.207 Ladungen zur Befragung von volljähri-  
gen Personen versandt. Davon betrafen 32.908 Ladungen Personen, deren  
Asylantrag im sog. Fragebogenverfahren beschieden wurde.

Im zweiten Quartal 2020 wurden 3.194 Ladungen zur Befragung von volljähri-  
gen Personen versandt. Davon betrafen 2.752 Ladungen Personen, deren Asyl-  
antrag im sog. Fragebogenverfahren beschieden wurde.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Juli 2020 wurden 41.939 Ladungen zur Befragung von volljährigen Personen versandt. Davon betrafen 39.648 Ladungen Personen, deren Asylantrag im sog. Fragebogenverfahren beschieden wurde.

Gemäß § 73 Absatz 3a Satz 1 des Asylgesetzes (AsylG) ist der Ausländer nach Aufforderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) persönlich zur Mitwirkung bei der Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen des Widerrufs oder der Rücknahme verpflichtet, soweit dies für die Prüfung erforderlich und dem Ausländer zumutbar ist. Es handelt sich hierbei um eine Einzelfallprüfung. Die Gründe, aus denen Ladungen zu Befragungen erfolgen, werden statistisch nicht erfasst.

- b) Wie viele solcher Befragungen fanden in den genannten Zeiträumen statt?

Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 wurden 84.370 Personen befragt, davon 74.204 aus dem sog. Fragebogenverfahren.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. März 2020 wurden 33.091 Personen befragt, davon 24.214 aus dem sog. Fragebogenverfahren.

Im Zeitraum vom 1. April bis zum 30. Juni 2020 wurden 833 Personen befragt, davon 554 aus dem sog. Fragebogenverfahren.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Juli 2020 wurden 36.818 Personen befragt, davon 26.688 aus dem sog. Fragebogenverfahren.

- c) Welche Ergebnisse hatten die Prüfverfahren nach solchen Befragungen in den genannten Zeiträumen (bitte jeweils nach dem Schutzstatus, nach Widerruf bzw. Rücknahme bzw. kein Widerruf bzw. keine Rücknahme, nach Fragebogenverfahren und nach den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten differenziert angeben)?

<b>Jahr 2019</b>	Entscheidungen gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rück- nahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rück- nahme Ab- schie- bungsver- bot	kein Wider- ruf/keine Rücknahme
<b>Herkunftsländer gesamt</b>	<b>96.120</b>	<b>2</b>	<b>225</b>	<b>26</b>	<b>75</b>	<b>95.792</b>
<b>darunter</b>						
Syrien	76.936	2	96	8	43	76.787
Irak	6.812	0	58	3	1	6.750
Eritrea	6.255	0	13	0	0	6.242
Ungeklärt	3.365	0	19	0	0	3.346
Staatenlos	1.345	0	4	0	0	1.341
Afghanistan	784	0	2	8	20	754
Iran	162	0	0	0	1	161
Somalia	109	0	0	0	1	108
Russische Föderation	50	0	1	0	4	45
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	37	0	0	0	0	37
Ägypten	35	0	0	0	0	35
Pakistan	32	0	0	0	0	32
Türkei	30	0	5	1	0	24
Äthiopien	25	0	7	1	0	17
ohne Angabe	18	0	0	0	0	18

<b>Jahr 2019</b> Davon im Fragebogenverfahren	Entscheidun- gen gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rück- nahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rück- nahme Ab- schie- bungsver- bot	kein Wider- ruf/keine Rücknahme
<b>Insgesamt</b>	<b>84.519</b>	<b>0</b>	<b>133</b>	<b>3</b>	<b>28</b>	<b>84.355</b>

<b>1. Quartal 2020</b>	Entscheidun- gen gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rück- nahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rück- nahme Ab- schie- bungsver- bot	kein Wider- ruf/keine Rücknahme
<b>Herkunftsländer gesamt</b>	<b>31.654</b>	<b>1</b>	<b>113</b>	<b>15</b>	<b>29</b>	<b>31.496</b>
<b>darunter</b>						
Syrien	24.677	0	31	3	6	24.637
Irak	2.413	0	15	0	0	2.398
Eritrea	2.401	0	15	1	0	2.385
Ungeklärt	1.517	0	12	0	1	1.504
Staatenlos	328	0	0	0	0	328
Afghanistan	142	0	7	2	7	126
Iran	31	0	0	0	0	31
Somalia	28	0	0	0	1	27
Libanon	19	0	10	3	2	4
Äthiopien	16	0	11	1	0	4
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	11	0	0	0	0	11
Russische Föderation	10	0	1	0	4	5
Pakistan	8	0	0	0	0	8
Türkei	6	0	3	0	0	3
Kosovo	6	1	0	3	0	2

<b>1. Quartal 2020</b> Davon im Fragebogenverfahren	Entscheidun- gen gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rück- nahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rück- nahme Ab- schie- bungsver- bot	kein Wider- ruf/keine Rücknahme
<b>Insgesamt</b>	<b>29.881</b>	<b>0</b>	<b>79</b>	<b>2</b>	<b>6</b>	<b>29.794</b>

<b>2. Quartal 2020</b>	Entscheidungen gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rück- nahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rück- nahme Ab- schie- bungsver- bot	kein Wider- ruf/keine Rücknahme
<b>Herkunftsländer gesamt</b>	<b>5.809</b>	<b>0</b>	<b>93</b>	<b>12</b>	<b>8</b>	<b>5.696</b>
<b>darunter</b>						
Syrien	4.310	0	35	2	0	4.273
Irak	480	0	14	3	0	463
Eritrea	474	0	11	0	0	463
Ungeklärt	326	0	13	0	1	312
Staatenlos	82	0	0	0	0	82
Afghanistan	59	0	4	2	2	51
Iran	15	0	1	0	0	14
Somalia	11	0	1	1	0	9
Türkei	5	0	3	1	1	0
Jordanien	5	0	2	0	0	3
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	5	0	1	0	0	4
Libanon	5	0	0	1	0	4
Armenien	4	0	3	0	1	0
Äthiopien	3	0	2	0	0	1
Russische Föderation	3	0	0	1	0	2

<b>2. Quartal 2020</b> Davon im Fragebogenverfahren	Entscheidungen gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rück- nahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rück- nahme Ab- schie- bungsver- bot	kein Wider- ruf/keine Rücknahme
<b>Insgesamt</b>	<b>5.287</b>	<b>0</b>	<b>53</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>5.234</b>

01.01 – 31.07.2020	Entscheidungen gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rück- nahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rück- nahme Ab- schie- bungsver- bot	kein Wider- ruf/keine Rücknahme
<b>Herkunftsländer gesamt</b>	<b>39.886</b>	<b>2</b>	<b>244</b>	<b>28</b>	<b>39</b>	<b>39.573</b>
<b>darunter</b>						
Syrien	30.872	0	77	5	6	30.784
Irak	3.072	0	40	3	0	3.029
Eritrea	3.042	0	32	1	0	3.009
Ungeklärt	1.954	0	24	0	2	1.928
Staatenlos	434	0	0	0	0	434
Afghanistan	223	0	11	4	9	199
Iran	55	0	3	0	0	52
Somalia	46	0	1	1	2	42
Libanon	24	0	10	4	2	8
Äthiopien	19	0	13	1	0	5
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	17	0	2	0	0	15
Türkei	15	0	9	1	1	4
Russische Föderation	14	0	1	1	4	8
Jordanien	12	0	6	1	0	5
Pakistan	12	0	0	0	0	12

01.01 – 31.07.2020 Davon im Fragebogenverfahren	Entscheidungen gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rück- nahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rück- nahme Ab- schie- bungsver- bot	kein Wider- ruf/keine Rücknahme
<b>Insgesamt</b>	<b>37.250</b>	<b>0</b>	<b>153</b>	<b>2</b>	<b>6</b>	<b>37.089</b>

d) In wie vielen Fällen angeordneter Befragungen wurden bislang Zwangsgelder festgesetzt oder andere Zwangsmaßnahmen oder Sanktionen ergriffen?

Im Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 wurden in 23 Fällen Zwangsgelder per Verwaltungsakt festgesetzt.

Im Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 31. März 2020 wurden in zwei Fällen Zwangsgelder per Verwaltungsakt festgesetzt.

Im Zeitraum vom 1. April 2020 bis zum 30. Juni 2020 wurden in 116 Fällen Zwangsgelder per Verwaltungsakt festgesetzt.

Im Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Juli 2020 wurden insgesamt in 251 Fällen Zwangsgelder per Verwaltungsakt festgesetzt.

Weitere Zwangsmaßnahmen oder Sanktionen wurden weder getroffen noch verhängt.

4. In welchem Umfang wurden Dolmetscherinnen und Dolmetscher bei diesen persönlichen Gesprächen eingesetzt (bitte absolute Zahlen für die Jahre 2019 bzw. das bisherige Jahr 2020 nennen), und in welchem Verhältnis steht dies zum Einsatz von Dolmetscherinnen und Dolmetschern im BAMF, insbesondere in regulären Asylprüfungsverfahren (bitte ebenfalls in absoluten Zahlen für die Jahre 2019 und 2020 differenziert angeben)?

Bei Befragungen in Widerrufs-/Rücknahmeverfahren werden durchgehend freiberufliche Sprachmittelnde eingesetzt. Deren Buchung erfolgt wie bei Asylverfahren über das Buchungssystem BABS (Bundesamt Bereitstellung Sprachmittlung). Bei der Einsatzart wird in BABS nicht zwischen Befragungen in Widerrufs-/Rücknahmeverfahren und Anhörungen in Asylverfahren unterschieden. Daher ist eine statistische Auswertung und Gegenüberstellung im Sinne der Fragestellung nicht möglich.

5. Wie waren die Ergebnisse der Überprüfungen von Anerkennungen im sogenannten Fragebogenverfahren in den genannten Zeiträumen insgesamt (bitte so konkret wie möglich darstellen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Entscheidungen im Fragebogenverfahren	Entscheidungen gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsverbot	kein Wider- ruf/keine Rücknahme
Jahr 2019	105.890	2	1.631	7	70	104.180
1.Quartal 2020	44.592	2	1.346	9	20	43.215
2.Quartal 2020	10.245	8	1.021	10	5	9.201
01.01.–31.07.2020	58.455	10	2.646	20	25	55.754

6. Für welche Herkunftsländer wurde im BAMF seit der Antwort der Bundesregierung zu Frage 11 auf Bundestagsdrucksache 19/16329 festgestellt, dass sich die dortige Lage nachhaltig und dauerhaft verbessert hat und deshalb in entsprechenden Fällen eine individuelle Widerrufsprüfung vorzunehmen ist (bitte nach Ländern und Datum auflisten), und wie lautet die jeweilige inhaltliche Begründung für diese Bewertung?

Es wurden die folgenden Sachlagenänderungen im Sinne der Fragestellung festgestellt.

In Angola wurde am 23. Januar 2019 ein neues Strafgesetz vom Parlament verabschiedet, das keine Bestimmung mehr zur Strafbarkeit „widernatürlicher Laster“ enthält. Die Vorschrift war bislang als Verbot gleichgeschlechtlicher Beziehungen verstanden worden. Es beinhaltet auch ein mit bis zu zwei Jahren Haft bewehrtes Verbot einer Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. Strafverfolgungen Homosexueller waren bereits unter dem alten Gesetz nicht bekannt geworden.

In Bezug auf Armenien liegt eine Sachlagenänderung auf Grund des seit April 2018 eingeleiteten friedlichen Machtwechsels („Samtene Revolution“) und der Wahl des früheren Oppositionsführers Nikol Paschinjan zum Ministerpräsidenten im Mai 2018 vor. Seither haben sich das politische Klima und die Menschenrechtslage deutlich verbessert, insbesondere ist eine Stärkung und Festigung demokratischer Strukturen und Prozesse zu erkennen. Vor allem im Kampf gegen Korruption und Wirtschaftskriminalität, beim Aufbrechen der alten verkrusteten Strukturen sowie der Förderung einer unabhängigen Justiz konnten sichtbare Erfolge erzielt werden. Die Menschenrechtslage ist allge-

mein positiv zu beurteilen. Eine Verfolgung ethnischer oder religiöser Minderheiten findet in der Regel nicht statt.

Sowohl die Oppositionsparteien als auch die außerparlamentarische Opposition können sich nun frei äußern und die bestehende Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit in Anspruch nehmen. Bereits 2018 wurden alle politischen Gefangenen freigelassen und zahlreiche frühere Regierungskritiker kehrten ins Land zurück. Auch die Gewährleistung der Meinungs- und Pressefreiheit hat sich seitdem verbessert. Die Verfassung garantiert gleiche Rechte für Frauen und Männer und Hinweise auf eine geschlechtsspezifische Verfolgung staatlicherseits gibt es nicht.

In Bezug auf Syrien wurde eine Sachlagenänderung für Personen festgestellt, bei denen die Schutzgewährung auf einer (drohenden) Verfolgung durch Oppositionsgruppen, wie z. B. die Freie Syrische Armee, beruhte, die dem Assad-Regime nahestehen.

7. Wie viel Personal ist aktuell im BAMF an welcher Stelle mit der Aufgabe von Widerrufs- und Rücknahmeprüfungen, der Asylprüfung, von Dublin-Verfahren, der Qualitätssicherung und der Prozessvertretung befasst, und wie sind die diesbezüglichen Planungen für die Zukunft (bitte so differenziert wie möglich darstellen)?

Die Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden.

Aktueller Personaleinsatz in VZÄ				
	eD/mD	gD	hD	Summe
Asyl (ohne Widerruf)	1.179,6	820,7	45,6	2.045,9
Widerrufsprüfung	165,5	534,0	10,4	709,9
Prozessvertretung gesamt	151,1	178,9	37,1	367,0
davon Dezentral	142,5	175,8	19,2	337,4
davon Zentral (Referat 61D und 61E)	8,6	3,1	17,9	29,6
Qualitätssicherung gesamt	39,9	135,6	17,5	193,0
davon Dezentral	34,6	104,5	10,7	149,8
davon zentral (Referate 62A, 62B, 62C)	5,3	31,1	6,8	43,2
Dublin-Verfahren	65,3	109,4	0,7	175,4

Die Personalplanung für den operativen Bereich hängt maßgeblich von den künftigen Aufgabenschwerpunkten ab. Eine verbindliche Aussage kann deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

8. Was kann die Bundesregierung zum Stand des Strafverfahrens gegen die ehemalige Leiterin der Bremer BAMF-Außenstelle sagen (bitte ausführen), wie ist der Stand der internen Ermittlungen und Aufarbeitungen der Vorgänge in Bremen, und welche Disziplinarmaßnahmen in wie vielen Fällen wurden gegebenenfalls ergriffen (bitte darstellen)?

Das Landgericht Bremen hat über die Zulassung der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Bremen vom August 2019 gegen die ehemalige Leiterin der Außenstelle Bremen bisher noch nicht entschieden. Darüber hinaus liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

Neben dem gegen die ehemalige Leiterin der Außenstelle Bremen eingeleiteten Disziplinarverfahren wurden Disziplinarverfahren gegen sieben weitere Beamtinnen und Beamten eingeleitet. Diese Disziplinarverfahren wurden im Hinblick auf die strafrechtlichen Ermittlungen bis zum Abschluss der strafrechtlichen Ermittlungsverfahren ausgesetzt.



- a) Wie viele Widerrufs- bzw. Rücknahmeprüfungen gab es in Bezug auf Anerkennungen eines Schutzstatus in Bremen unter der genannten ehemaligen Leiterin mit welchen Ergebnissen (bitte in absoluten und relativen Zahlen darstellen, dabei nach Widerrufen und Rücknahmen sowie nach Schutzstatus differenzieren und Folge-, Zweit- und Wiederaufgreifungsverfahren besonders kenntlich machen) – und inwieweit unterscheidet sich diese Bilanz im Vergleich zu den Widerrufs- und Rücknahmeprüfungen aller BAMF-Standorte (bitte darstellen)?

Im Rahmen der Widerrufs- bzw. Rücknahmeprüfungen in Bezug auf die Vorgänge in Bremen kam es zu 13.348 Überprüfungen. Diese orientieren sich an den durch die interne Revision geprüften Verfahren und umfassen daher auch Verfahren, die nicht in Bremen entschieden wurden.

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Insgesamt:

	gesamt	Erledigungen	Art der Erledigung			anhängig
			formlose Einstellung	Widerruf	Rücknahme	
Verfahrenszahl	13.348	13.168	12.503	346	319	180
in Prozent		98,65 %	94,95 %	2,63 %	2,42 %	1,35 %

Differenzierung der Aufhebungen nach Schutzstatus und Verfahrensart:

aufgehobener Schutzstatus	Verfahrensart der Anerkennungsentscheidung				Summe
	Erstverfahren	Folgeverfahren	Wiederaufnahmeverfahren	Aufhebungsverfahren	
Asyl- und Flüchtlingschutz	3	0	0	0	3
Flüchtlingsschutz	232	82	0	0	314
Flüchtlingsschutz und subsidiärer Schutz	1	0	0	0	1
subsidiärer Schutz	57	1	2	0	60
Abschiebungsverbot e	191	42	53	1	287
Summe	484	125	55	1	
in Prozent	72,78 %	18,80 %	8,27 %	0,15 %	

Da Zweitanträge nicht als eigene Verfahrensart im elektronischen Aktensystem beim BAMF geführt werden, wird im Folgenden keine Unterscheidung zwischen Folge – und Zweitverfahren getroffen.

Im bisherigen Berichtsjahr 2020 liegt die Aufhebungsquote aller Standorte bei 3,20 Prozent. Es zeigt sich, dass die Aufhebungsquote in Bezug auf die Vorgänge in Bremen (5,05 Prozent) leicht über der durchschnittlichen Aufhebungsquote liegt. Die Anzahl der widerrufenen/zurückgenommenen Schutzstatus lässt jedoch keine direkten Rückschlüsse auf etwaiges Fehlverhalten zu, da hier geprüft wird, ob ein gewährter Schutzstatus in Deutschland weiterhin aufrechterhalten werden muss oder ob eine Person aufgrund von falschen Angaben oder Verschweigens wesentlicher Tatsachen seinen Status fälschlicherweise erhalten hat.

Im Übrigen wird auf die monatlich erscheinenden Asylgeschäftsberichte einschließlich der Widerrufsstatistiken des BAMF verwiesen.

- b) Gegen wie viele dieser Widerrufe bzw. Rücknahmen (bitte differenzieren) von positiven Entscheidungen in Bremen unter der genannten ehemaligen Leiterin wurden Rechtsmittel eingelegt, in wie vielen dieser Fälle wurde mit welchem Ergebnis über diese Rechtsmittel entschieden (bitte nach Widerruf, Rücknahmen und Jahren differenzieren), und wie bewertet es die Bundesregierung und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen, dass in allen sechs bis März 2019 ergangenen Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Hannover die ursprünglichen Entscheidungen der Bremer Außenstelle zur Gewährung von Abschiebungsschutz wieder hergestellt wurden, nachdem diese zwischenzeitlich widerrufen/zurückgenommen worden waren (vgl. Bundestagsdrucksache 19/8445, Antwort zu Frage 33, bitte ausführen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Rechtsmittel gegen Widerrufe eines Schutzstatus in Bremen			
Jahr	Klageeinstellung	rechtskräftig aufgehoben	rechtskräftig bestätigt
2020	6	5	5
2019	5	0	1

In 122 Verfahren ist derzeit noch eine Klage anhängig.

Rechtsmittel gegen Rücknahmen eines Schutzstatus in Bremen			
Jahr	Klageeinstellung	rechtskräftig aufgehoben	rechtskräftig bestätigt
2020	0	22	2
2019	1	34	4
2018	6	9	0
2017	0	0	7

In 132 Verfahren ist derzeit noch eine Klage anhängig.

Das BAMF hat die in Bezug genommenen Aufhebungsentscheidungen nach gründlicher Prüfung getroffen.

Eine grundsätzliche Feststellung von Abschiebungsverboten insbesondere im Hinblick auf Bulgarien kam nach Bewertung des BAMF auch im Hinblick auf die Rechtsprechung anderer Verwaltungsgerichte und die höchstrichterliche Rechtsprechung nicht in Betracht.

- c) In wie vielen Fällen wurde nach bisherigen Untersuchungen nach Auffassung der Bundesregierung in Bremen unter der genannten ehemaligen Leiterin zu Unrecht ein Schutzstatus erteilt (bitte nach Jahren und Staatsangehörigkeiten differenzieren), worauf stützt sich diese Annahme, und in wie vielen dieser Fälle basierte dies auf einer Identitätstäuschung, gefälschten Identitätspapieren oder falschen Angaben zur Herkunft (bitte darstellen)?

Das BAMF hat in 279 Verfahren festgestellt, dass die Voraussetzungen einer Rücknahme vorgelegen haben, da der Anerkennungsbescheid rechtswidrig ergangen war.

Die Angaben nach Jahren und der im Anerkennungsverfahren festgestellten Staatsangehörigkeit können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Herkunftsland	Jahr der Anerkennung							Gesamt
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
Syrien	–	–	–	5	29	76	15	125
Serbien	–	–	1	1	6	17	–	25
ohne Angabe	–	1	–	–	10	13	–	24
sonst. asiat. Staatsangeh.	–	–	–	1	8	14	–	23
Irak	–	–	–	1	10	2	3	16
Kosovo	–	2	–	–	9	1	2	14
Russische Föderation	–	–	–	–	3	4	3	10
Nordmazedonien	–	–	–	1	5	2	–	8
Afghanistan	1	–	1	–	2	–	3	7
Albanien	–	–	–	–	2	3	2	7
Ägypten	–	–	–	–	–	6	–	6
Staatenlos	–	–	1	–	2	1	1	5
Armenien	–	–	–	–	–	1	1	2
Eritrea	–	–	–	–	–	1	1	2
Nigeria	–	–	–	–	–	–	2	2
Iran	–	–	–	–	–	1	–	1
Montenegro	–	–	–	–	–	1	–	1
Somalia	–	–	–	–	–	–	1	1
Gesamt	1	3	3	9	86	143	34	279

Das BAMF leitet in allen Verfahren, in denen es Erkenntnisse dafür gibt, dass über Identität bzw. Herkunft getäuscht wurde (bspw. bei Vorliegen ge- oder verfälschter Dokumente), ein Rücknahmeverfahren ein. Gründe, die zur Einleitung eines Widerrufs- oder Rücknahmeverfahrens führen, werden statistisch nicht erfasst. Daher sind keine Aussagen dazu möglich, zu welchem Anteil ge- oder verfälschte Dokumente dazu verwendet wurden, eine falsche Identität bzw. Herkunft vorzutäuschen.

